

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.03.2020
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Grundschule Larrelt, Schulweg 1, 26723 Emden

Anwesend:

Vorsitzende
Kruse, Doris

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

GfE-Fraktion
Hencke, Knut

CDU-Fraktion
Buisker, Herbert
Verlee, Gerold

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Saurov, David

FDP-Fraktion
Busch, Friedrich
Frerichs, Uwe

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Büsing, Kevin
Könnecke, Maike
Passe, Heino
Stüber, Gudrun

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Christians, Jörg
Holtkamp, Frauke

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses am 25.11.2019

Beschluss: Das Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses am 25.11.2019 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Einrichtung der Berufsschulklasse zum Ausbildungsberuf „Produktionstechnologe/-technologin“ an den Berufsbildenden Schulen II
Vorlage: 17/1393

Herr Buß erläutert einleitend, dass die Berufsbildenden Schule II (BBS II) mit der Bitte an die Stadt herangetreten sei, eine Berufsschulklasse für den Ausbildungsberuf der Produktionstechnologin/ des Produktionstechnologen einzuführen. Ziel sei die Etablierung dieses relativ jungen Berufsbildes in der Region. Bisher werde dieser Ausbildungsberuf in Emden und im weiteren Umkreis noch nicht beschult, die nächste Möglichkeit der Ausbildung gebe es an den BBS in Neustadt am Rübenberge in der Region Hannover. Bei der Ausbildung würde es sich um einen anerkannten Ausbildungsberuf in dreijähriger dualer Ausbildung handeln. Die hauptsächlichen Arbeitsmöglichkeiten gebe es im Industriebereich wie beispielsweise dem Maschinen- und Anlagenbau, im Fahrzeugbau, bei Unternehmen, die produktionsunterstützende Dienstleistungen

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

anbieten sowie im Bereich der Automatisierung. Speziell die Volkswagen Akademie habe für das kommende Ausbildungsjahr 10 Ausbildungsplätze ausgeschrieben. Weitere Firmen hätten ebenso ihr Interesse angekündigt. Die Einrichtung dieses Berufsbildes werde von der IHK unterstützt, Gespräche zur Einrichtung eines zugehörigen Prüfungsausschusses würden ebenfalls getätigt. Nach jetzigem Stand könne zum Schuljahresbeginn eine entsprechende Berufsschulklasse eingerichtet werden. Auch für die nächsten Jahre gehe er von einer entsprechend hohen Nachfrage aus, da die Einsatzmöglichkeiten in der Industrie, auch im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung, vorhanden seien. Umliegenden Schulträgern im Nordwesten werde ebenfalls die Möglichkeit gegeben, in den Schulbezirk aufgenommen zu werden. Diesbezüglich würden derzeit, vorbehaltlich der Genehmigung der Landesschulbehörde, Interessensabfragen stattfinden. Somit bekämen auch Auszubildende aus den Landkreisen Emsland, Cloppenburg und Friesland die Möglichkeit, in dieser neuen Klasse aufgenommen zu werden. Weiter ergänzt er, dass personelle Ressourcen und auch die räumlichen Kapazitäten an der Berufsschule vorhanden seien. Er bittet das Gremium, dieser Vorlage zuzustimmen. Fragen zur Thematik würde er bzw. Herr Holzgrabe, Schulleiter der BBS II, beantworten.

Herr Buisker lobt den Vorstoß zur Etablierung dieses zukunftsweisenden neuen Ausbildungsberufes an der Berufsbildenden Schule II. Er möchte wissen, ob die Etablierung von neuen Berufsbildern von Betrieben initiiert werde oder ob die IHK aktiv auf die Betriebe zugehe und Interessensbekundungen einhole.

Herr Holzgrabe, Schulleiter der BBS II, erklärt, dass bereits seit einigen Jahren Gespräche über die mögliche neue Ausbildung mit der IHK und dem Volkswagenwerk Emden geführt worden seien. Das Berufsbild Produktionstechnologin/-technologe sei sehr jung und in dieser Region noch kein Ausbildungsberuf. Weiter informiert er, dass das Volkswagenwerk zukünftig die Ausbildung im Bereich der Mechatronik auf Produktionstechnologie umstellen werde. Mittelfristig würden die Ausbildungsplätze in diesem Bereich auf 15 ausgeweitet werden. Die beiden Berufe Mechatroniker und Produktionstechnologe würden im ersten Ausbildungsjahr gemeinsam beschult werden, da alle Lernfelder deckungsgleich seien. Ab dem 2. Ausbildungsjahr würde getrennt beschult werden. Zur Frage von Herrn Buisker gibt er an, dass auf der Basis der betrieblichen Bedarfsmeldung an die IHK eine Abstimmung zwischen der IHK und den Betrieben erfolgen würde.

Frau Meyer möchte wissen, wovon die Genehmigung der Landesschulbehörde abhängen würde.

Herr Buß erklärt, die Genehmigung durch die Landesschulbehörde würde im Wesentlichen von der Erreichung der Klassenstärke abhängig sein. Die Schülerzahlen müssten nachgewiesen werden.

Herr Busch bemerkt, dass eine Ausbildung gar nicht zeitgemäßer sein könne und lobt in diesem Zusammenhang die weitsichtigen Planungen der Schulleitung der BBS II.

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen II wird vorbehaltlich der Genehmigung der Landesschulbehörde zum 01.08.2020 eine Berufsschulklasse „Produktionstechnologin/-technologe“ eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

MITTEILUNGSVORLAGEN

- TOP 6 Vorstellung des Projekts Familienorientierte Soziale Gruppenarbeit an der Grundschule Westerborg
Vorlage: 17/1288

Herr Sprengelmeyer teilt einleitend mit, dass im Rahmen der Ganztagschule an der Grundschule Westerborg im Herbst 2019 das Projekt „Familienorientierte Soziale Gruppenarbeit“ eingeführt worden sei. Zuvor war dieses Projekt im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und beschlossen worden. Er stellt heraus, dass inhaltliche Projekte an den Schulen häufig über Jugendhilfemaßnahmen erfolgen würden. Aufgrund dieser Diskrepanz würden Mitglieder des Schulausschusses darüber wenig Informationen erhalten. Deshalb solle die aktuelle Situation dieses Projektes nunmehr vorgestellt werden. Deutlich macht er, dass es sich bei diesem Projekt tatsächlich um eine Hilfe zur Erziehung handeln würde und somit eine Jugendhilfemaßnahme sei. Es sei ein Angebot für Kinder, die eine intensivere pädagogische Betreuung vor dem Hintergrund ihrer sozialen Kompetenzen aber auch familiärer Art benötigen würden. Im Rahmen einer standardisierten schulischen Betreuung könne dieses den Kindern nicht geboten werden. Er erklärt, dass vor der Einführung der Ganztagschule diese Kinder an sogenannten tagesstrukturierenden Maßnahmen eines Jugendhilfeträgers teilgenommen hätten. Im Hinblick auf die Ganztagschulen sei das Thema Schule, Jugendhilfe und qualifizierte Elternarbeit neu überlegt worden. Die Sozialpädagogische Familienhilfe - Initiative für Intensivpädagogik (IfI) sei aktiv geworden und habe ein Konzept entwickelt, welches als Modellprojekt an der Grundschule Westerborg im Auftrag der Stadt Emden erfolgreich laufen würde. Eine Auswertung des Modellprojektes werde zu gegebener Zeit erfolgen. Er hält es für möglich, dass dieses Projekt im Anschluss als eine Hilfe zur Erziehung eingeführt werden könne.

Frau Claudia Eilers (IfI) bedankt sich bei Herrn Sprengelmeyer für die Einführung. Sie stellt ihre Kollegin Frau Gudrun Müller und ihren Kollegen Herrn Andre Wöst vor. Beide leiten als sogenannte Praktiker das Projekt „Familienorientierte Soziale Gruppenarbeit“ an der Grundschule Westerborg. Das Projekt sei Ende November 2019 mit einer Gruppe von 5 Kindern gestartet. Ein besonders wichtiger Punkt ihrer Projektarbeit sei es, die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Elternhaus und Schule aufzugreifen. Dieses würde mit Hilfe von Beratungsterminen und Gruppentreffen in der Schule versucht werden. Das Besondere hierbei sei, dass Eltern diese Hilfe beantragen müssten und damit von Anfang an in die pädagogische Arbeit einbezogen würden. Die Zusammenarbeit laufe sozusagen als 3er-Kontrakt zwischen dem IfI-Projekt, der Schule und den Eltern.

Herr Wöst ergänzt die Erläuterungen von Frau Eilers, indem er die derzeitigen Praxiserfahrungen des Gruppenalltages anschaulich schildert. Das Team habe festgestellt, dass eine starke Strukturierung erforderlich sei, weil diese Kinder teilweise gar nicht mehr ohne Konflikte miteinander spielen könnten. Mittlerweile sei durch die intensivere pädagogische Betreuung in der Gruppe eine positive Entwicklung der Kinder sichtbar.

Frau Eilers macht deutlich, dass Kinder dieser Gruppe bereits durch ihr Verhalten in der Schule auffällig geworden seien und teilweise auch vom Unterricht suspendiert wurden. Demzufolge könnten sie auch nicht an den regulären Nachmittagsunterrichtsangeboten im Ganztagsbereich teilnehmen. Eine weitere wichtige Säule ihres Projektes sei die Elternarbeit. Im 14-tägigen Rhythmus würden Elterngespräche stattfinden. Positiv hebt sie hervor, dass dadurch ein reger Austausch zwischen dem Projektteam, den Eltern und den Lehrkräften festzustellen sei.

Frau Müller fügt hinzu, das zusätzlich einmal im Monat ein Elterntreff stattfinden würde.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Wöst erklärt, dass Eltern dieser Kinder teilweise selber eine desolante Schulbiographie hätten. Durch Gespräche mit den Eltern würde erreicht werden, dass diese ihre Hemmschwellen abbauen und mehr Sicherheit im Umgang mit der Schule entwickeln würden.

Frau Müller teilt mit, dass die Gruppenarbeit jeden Tag von 12.45 Uhr bis 16.00 Uhr stattfinden würde. Primäres Ziel sei, die Kinder zur Teilnahme und Teilhabe an den regulären Angeboten der Schule im Ganztagsbereich zu befähigen.

Herr Sprengelmeyer hält fest, Hintergrund des Projektes sei die Zusammenarbeit der Grundschulen mit den Eltern von Kindern, welche in besonderem Maße im emotionalen sozialen Bereich auffällig geworden seien. Es sei ein Beispiel dafür, welche Ressourcen eingesetzt werden müssten, um damit der allgemeinen Tendenz von Schulbegleitungen entgegenzusteuern. Insbesondere Eltern würden mit Hilfe von Beratungsterminen und Gruppentreffen in diese pädagogische Arbeit einbezogen werden. Schlüssel dieses Konzeptes sei die Verbindung von Jugendhilfeträger und Schulträger. Sollte es mit diesem Modell gelingen, diese Grundschüler in einen geregelten Alltag zu führen, könne es ein neues Instrument der Jugendhilfe werden.

Frau Kruse bedankt sich für die detaillierte Vorstellung des Projektes und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung des Projektes. Sie erkundigt sich, wie das Projekt finanziert werde und nach einer möglichen Förderung vom Land oder Bund. Positiv sei es ihrer Ansicht nach, dass Kinder durch dieses Projekt die Chance bekämen, sich zu stabilisieren. Dieses Ziel sei auch im Hinblick auf die weiterführende Schule und letztlich dem Schulabschluss wichtig.

Herr Sprengelmeyer teilt zur Finanzierung mit, dass die Hilfe zur Erziehung eine Pflichtaufgabe sei und somit über die Jugendhilfe finanziert werde. Eltern würden vom Jugendamt auf diese Unterstützungsmöglichkeit hingewiesen werden, sodass sie Hilfe zur Erziehung beantragen könnten. Anschließend setze die Hilfeplanung ein, welche über den Sozialen Dienst initiiert werde. Am Ende einer Hilfeplanung würde dann die geeignete Jugendhilfemaßnahme stehen.

Frau Stüber erkundigt sich, wie der Austausch zum Schulkollegium sei und wo die genannten Elterngespräche stattfinden würden.

Frau Müller teilt mit, dass für die Gruppenarbeit ein Klassenraum zur Verfügung stehe, in welchem auch die Elterngespräche stattfinden würden. Außerdem sei das Team auch vormittags an der Schule tätig, sodass ein Austausch mit den Lehrkräften der Schule regelmäßig stattfinden würde.

Herr Wöst ergänzt, Elterngespräche würden auch im häuslichen Umfeld stattfinden, sofern es von Kindern und Eltern gewünscht werde.

Herr Busch bemerkt, auch im Schulentwicklungsausschuss seien die notwendigen pädagogischen Hilfen für Kinder aus Familien mit fehlender Alltagsstruktur thematisiert worden. Seine Fraktion begrüße das vorgestellte Modellprojekt. Bezüglich der Erläuterungen von Herrn Sprengelmeyer hinsichtlich der Antragstellung auf Hilfe zur Erziehung durch die Eltern teilt er mit, dass es seiner Ansicht nach wichtiger sei, dass zunächst die Kinder etwas fordern bzw. wünschen würden. Das Projektteam könnte an diese Kinder als „Katalysatoren“ herantreten, um dann die Eltern mit einzubeziehen. Auch im Hinblick auf Schulabschlüsse findet er die Thematik wichtig.

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass es bereits vor einer Beantragung durch die Eltern entsprechende Vorarbeiten geben würde. Er macht jedoch deutlich, dass grundsätzlich bei allen Hilfen

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

zur Erziehung eine Beantragung durch die Eltern erfolgen müsse. Beispielsweise würde es vorkommen, dass in manchen stationären Maßnahmen, bei denen Eltern nicht mithelfen würden, Gerichtsbeschlüsse eingeholt werden müssten. Dennoch komme es vor, dass Kinder und Jugendliche sich eigenständig melden und um Hilfe bitten würden. In solchen Fällen werde Kontakt mit den Familien aufgenommen. Weiter sei den Schilderungen von Herrn Wöst zu entnehmen, dass durch dieses Projekt mittlerweile bei einigen Schülerinnen und Schülern das Interesse geweckt wurde, von sich aus auf das Team zuzugehen und dieses dann möglicherweise auch zuhause mit den Eltern kommuniziert werde. Genau dieser Kreislauf sei wichtig für eine erfolgreiche Mitarbeit der Eltern. Auch von Seiten des Jugendamtes werde immer versucht, die Mitwirkung der Eltern zu initiieren.

Frau Meyer erkundigt sich, ob das Projektteam während des Unterrichtes in die Klasse gehen würde oder ob die Kinder nach Unterrichtschluss betreut würden.

Frau Müller erklärt, dass sie regulär nicht mit in den Klassenunterricht gehen würden. Zwar sehen sie die Schüler*innen jeden Vormittag, seien aber keine Schulbegleitung für die einzelnen Klassen.

Herr Hencke begrüßt ebenfalls das Modellprojekt und wünscht sich ein solches möglichst schnell auch an anderen Schulen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Aktuelle Situation der ergänzenden Schulkindbetreuung an den Emdener Grundschulen
Vorlage: 17/1392

Einleitend teilt **Herr Sprengelmeyer** mit, dass zur besseren Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie versucht werden solle, mit der ergänzenden Schulkindbetreuung weitere Bedarfe an den Emdener Grundschulen zu decken. In den vergangenen Monaten hätten sich viele Eltern von verschiedenen Grundschulen an die jeweilige Schulleitung gewandt und geäußert, dass sie einen Bedarf an Betreuung ihrer Kinder im Anschluss an die verlässliche Grundschule, von etwa einer Stunde über die Mittagszeit, benötigen würden. Er teilt mit, dass es in Emden 10 Grundschulen gebe, welche im Rahmen des Nds. Schulgesetzes als verlässliche Ganztagschulen geführt würden. Diese Schulen bieten ein zusätzliches Mittagsangebot sowie für den Ganztags Angebote in Arbeitsgemeinschaften an. Darüber hinaus werde zurzeit an drei Schulen eine ergänzende Betreuung inklusive Ferienbetreuung nach dem Nds. Kindertagesstättengesetz angeboten. Deutlich macht er, dass hier verschiedene Gesetzgebungen eine Schnittstelle bilden, die dazu führen würden, dass bilaterale Vereinbarungen zwischen Schule und der Kommune getroffen werden müssten. Diese unterschiedlichen rechtlichen Gegebenheiten seien zu beachten. Weiter informiert er, dass an der Grundschule Wybelsum bereits eine ergänzende Schulkindbetreuung nach dem offenen Grundschul-Ganztags gegeben würde. An der Grundschule Petkum gebe es eine Betreuung im Rahmen unter fünf Stunden. Vor dem Hintergrund der neu gemeldeten Bedarfszahlen für eine ergänzende Schulkindbetreuung würde sich abzeichnen, dass nicht alle diese Kinder im zentralen Hort „Die Kinderinsel“ am Standort der Förderschule untergebracht werden könnten. Im Hort Wolthusen, als dezentrale Einrichtung, sei es ebenso. Er erklärt, dass es zwei Möglichkeiten der Schulkindbetreuung geben würde. Bei einer ergänzenden Betreuung unter fünf Stunden wöchentlich würde keine Betriebserlaubnis vom Land gebraucht werden, da es sich nicht um eine Einrichtung in Form eines Hortes handeln würde. Bei mehr als fünf Stunden sei eine Betriebserlaubnis erforderlich. Zudem würde der Bedarf im Personalbereich und bei den Räumen enorm wachsen und die Kosten würden für die Kommune als auch für die Eltern im Rahmen der Gebühren steigen. Er bittet Frau Holtkamp den aktuellen Stand sowie mögliche Lösungsansätze vorzustellen.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

Frau Holtkamp vom Fachdienst Kinder und Familien gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über die aktuelle Situation der ergänzenden Schulkindbetreuung an den Emdener Grundschulen. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen stellt fest, die Kinder seien bis etwa 15:00 Uhr in der Ganztagsbetreuung und in der ergänzenden Betreuung bzw. Hortbetreuung werde 17:00 bis 17:15 Uhr genannt. Zum Schutz der Kinder sollte ihrer Ansicht nach daran gedacht werden, dass dieses eine lange Zeit sei, welche die Kinder außerhalb ihrer häuslichen Umgebung verbringen würden. Hinsichtlich der Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie plädiere sie daher für bessere Arbeitszeiten für berufstätige Eltern. Möglicherweise könnten Arbeitgeber über die Presse angesprochen werden, schlägt sie vor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Kruihoff teilt mit, dass auf den gängigen Presseportalen zu lesen sei, dass aufgrund der Corona-Pandemie die Niedersächsische Landesregierung scheinbar entschieden habe, ab Montag alle Schulen des Landes vorerst bis zu den Osterferien zu schließen.

Herr Buß fügt hinzu, dass die entsprechende offizielle Verfügung der Landesschulbehörde noch nicht bekannt gemacht worden sei.

Herr Kruihoff erklärt, es werde hinsichtlich der Corona-Pandemie grundsätzlich versucht, die Infektionen auf einen langfristigen Zeitraum zu strecken, um somit eine exponentielle Wachstumskurve zu erhalten. Das Land sei im Grunde genommen bei hohen Infektionszahlen nicht in der Lage, alle Personen entsprechend medizinisch zu versorgen. Sollte dieses nicht gelingen, würden entsprechende Schutzstrategien greifen. Dann würden Schulen, Kindergärten etc. geschlossen werden.

TOP 9 Anfragen

1. Unterrichtsversorgung Förderschule

Herr Saurov erkundigt sich nach der Unterrichtsversorgung an der Förderschule.

Herr Sprengelmeyer informiert, der Schulleiter der Förderschule würde diesbezüglich im regen Austausch mit der Landesschulbehörde stehen. Auch die Verwaltung habe Austauschgespräche sowohl mit der Landesschulbehörde wie auch mit der Bildungsregion Ostfriesland. Er habe den Eindruck, dass die Landesschulbehörde sehr bemüht sei, entsprechende Lehrkapazitäten für Emden zu gewinnen. Dennoch räumt er ein, habe die Förderschule ein wirklich großes Defizit an Unterrichtsstunden und somit natürlich auch in der Betreuung.

2. Digitalpakt

Herr Buisker teilt hinsichtlich des Digitalpaktes mit, dass in der Sitzung des Steuerkreises mitgeteilt worden sei, dass in den Grundschulen auch Glasfaser installiert werden solle. Im Nachgang der Steuerkreis-Sitzung sei von zwei Schulen die Frage nach der zeitlichen Regelung ge-

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

stellt worden. Dort werde befürchtet, dass es zu langen Wartezeiten kommen könne. Er bittet diesbezüglich um eine Klarstellung.

Herr Buß stellt heraus, dass diese Frage wiederholt auch an den Fachdienst Schule und Sport herangetragen worden sei. Er hebt hervor, dass derzeit intensiv an dieser Thematik gearbeitet werde, für welche auch planerische Vorleistungen erbracht werden müssten. Er informiert, dass mittlerweile zwei Anträge zum Digitalpakt gestellt worden seien, die Bescheide würden zeitnah erfolgen. Ein weiterer Antrag werde aktuell vorbereitet. Er stellt klar, dass der Fachdienst mit den Schulen in Kontakt stehe. Für die Grundschulen sei ein standardisiertes Verfahren mit einer entsprechenden Ausstattung entwickelt worden, welches dem Schulausschuss bereits vorgestellt worden sei. Hinsichtlich der Herstellung der Infrastruktur gebe es mit „Emden Digital“ eine Vereinbarung, sodass die Glasfaseranbindung für die Schulen, bis auf zwei Schulen, in diesem Jahr noch vorbereitet würde. Deutlich macht er, dass die Umsetzung final bis 2024 erfolgt sein müsse. Er warnt davor, schon im Vorfeld hohe Anträge für digitale Unterrichtsmedien usw. zu stellen, weil dann später für die Ausstattung im infrastrukturellen Bereich möglicherweise Mittel fehlen würden.

Herr Buisker bringt zum Ausdruck, dass er auch befürchte, dass einige Schulen erst zum Schluss behandelt würden und die Finanzmittel dann theoretisch aufgebraucht seien. Er bittet, diese Information an die Schulen weiterzugeben, damit das nicht passiere.

Herr Buß weist darauf hin, dass mit den Mitteln des Digitalpaktes möglicherweise nicht alle Wünsche der Schulen erfüllt würden. Es sei geplant, eine Prioritätenliste zu erstellen und diese dem Ausschuss vorzustellen. Es solle entschieden werden, in welcher Reihenfolge vorgegangen werde. Er plädiere, zunächst einmal in die Infrastruktur zu finanzieren.

Herr Götze fragt hinsichtlich der standardisierten Ausstattung nach, ob zentrale Server für die Schulen geplant seien. Seiner Ansicht nach sei dieses auch von der Wartung her wesentlich einfacher.

Herr Buß erklärt, dass eine einheitliche Serverstruktur einrichtet werde und auch die Administration zukünftig anders erfolge. Es sei beabsichtigt, die Systemadministration der Schulen im Medienzentrum anzudocken. Hierfür sei kürzlich die erste Stelle für einen Administrator ausgeschrieben worden. Eine zweite Stelle werde ausgeschrieben, sobald der Haushaltsplan Rechtskraft erlange.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.